

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint wochentlich am 1. und 8. des Monats, monatlich 2 Mal, bei Vorbestellung 1,20 RM. jährlich, 12 Hefen. Einzelnummern 10 Pf. Mit Beilagen, Postboten, umsonst. Anzeigen und Geschäftsstellen sind in jeder Nummer zu finden. Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, Postfach 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Die Redaktion ist in der Hauptstadt Dresden, Postfach 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.



Anzeigenpreise laut aufhängender Preistafel Nr. 5. — Anzeigen- und Platzpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt. — Anzeigen- und Platzpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt. — Anzeigen- und Platzpreise werden nach Möglichkeit herabgesetzt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 267 — 94. Jahrgang — Drahtanschrift: „Tageblatt“ — Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 20640 — Freitag, den 15. November 1933

## Kampf um Parlamentsitze.

Wahltag in England. Vorzeitig ist das Parlament aufgelöst worden, und in den wenigen Wochen zwischen dem königlichen Auflösungsdekret und dem Wahltag ist das Schauspiel über die Bühne gegangen, das demokratische Staaten in Wahlkämpfen von Zeit zu Zeit aufzuführen. Dabei ist ein Wahlkampf in England immer noch nicht so vielseitig und verworren, wie etwa in dem geliebten Land der Demokratie, in Frankreich. Denn der Engländer ist doch in erster Linie Patriot. Ob er sich für die Konservativen, den Liberalen oder der Arbeiterpartei bekennt. In einem Punkte treffen sich dabei alle Parteien: Alle haben sie das Wohl des britischen Weltreiches im Auge, alle kämpfen sie um die Größe und den Stolz des Imperiums.

Wenn auch namentlich in den Industriestädten der Kommunismus mehr als bisher sein Haupt erhob und verschiedentlich Wahlversammlungen sprengte, so werden die Agenten Sowjetrusslands im englischen Mutterland wenigstens vorerst wenig Erfolg ernten.

Gegenüber der letzten Wahl im Jahre 1931 hat sich das Hauptthema des Wahlkampfes verschoben. Es geht es vor vier Jahren um die Innenpolitik, so steht heute die Außenpolitik ganz im Vordergrund. Und sie wird noch weiter herausgehoben durch den Abessinien-Konflikt, an dem ja England stark beteiligt ist. Deshalb lagen die Wahlparolen des diesjährigen Wahlkampfes vornehmlich auf außenpolitischem Gebiet. Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik wurden wohl auch erwähnt, aber noch treten sie hinter den ganz aktuellen außenpolitischen Problemen zurück.

Konservative und Arbeiterpartei (Labour) standen sich im Wahlkampf gegenüber. Dabei sind sie gar nicht einmal in der Außenpolitik unversöhnliche Gegner, denn beide wollen sie dasselbe: Stärkung der britischen Weltmacht durch das Mittel des Bündnisses. Nur ihre Wege zu diesem Ziel führen in verschiedene Richtungen. Die Konservativen kämpfen um ein großes Aufrüstungsprogramm; sie wollen eine möglichst starke Flotte haben, auf die sie ihre Macht stützen wollen. Deshalb haben sie in den Wahlreden die Flotte manchmal sehr schlecht gemacht. Es heißt z. B., daß der Ministerpräsident Baldwin das alte Nelson-Wort „England erwartet, daß jeder seine Pflicht tut“ umgewandelt habe in „England erwartet, daß die englische Flotte bis zur Wahl einen möglichst schlechten Eindruck macht“. Das ist natürlich einer der üblichen Wahlserje, aber dennoch steckt ein Körnchen Ernst dahinter.

Die Arbeiterpartei ist der konservativen Wahlpropaganda dadurch begegnet, daß sie die Flotte ein über das andere Mal lobte. Die Oppositionspartei will nämlich die weitere Aufrüstung verhindern. Das übliche Wahlmanöver pazifistischer Parteien. Das Wichtige an der ganzen Angelegenheit ist nur, daß diese Pazifisten auf der anderen Seite von der Regierung einen viel schärferen Kurs gegen Italien im Abessinien-Streit verlangen. Ihnen ist die Methode des jungen Völkerbundsministers Eden zu lan. So kommt es denn, daß der Weg, den die Pazifisten gehen wollen, vielleicht viel eher England in einen Krieg verwickelt, als wenn es den Weg der Aufrüstung geht, den die Konservativen fordern. Das ist so ein kleiner Witz der Weltgeschichte. Aber man sieht, Pazifismus und Krieg sind durchaus nicht zwei Dinge, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Welche Richtung auch in dem Wahlkampf siegt, das Endziel bleibt ja doch dasselbe: ein weltbeherrschendes Großbritannien, das durch seine Macht den Frieden sichert.

Wahlprophet zu spielen ist bei den englischen Wahlen ein undankbares Geschäft. Man kennt nämlich in England keine Verhältniswahlen, man kennt auch keine Stichwahlen. Sieger im einzelnen Wahlbezirk ist immer der, der die absolute Mehrheit hat, selbst wenn bei drei Gegnern die beiden anderen Parteien mehr Stimmen auf sich vereinigen. Stimmen der Minderheit bleiben vollkommen unberücksichtigt und fallen unter den Tisch. Nur so ist das festsame Zahlenbild möglich, das die Wahlen von 1931 gegeben haben.

|  | Stimmenzahl | Abgeord. |
|--|-------------|----------|
| Konservative, Regierungsliberale u. regierungsfreie Arbeiterpartei | 11 926 537  | 471 + 35 |
| Liberaler Opposition   | 2 320 310   | 33       |
| Oppositionelle Arbeiterpartei                                      | 6 648 023   | 52       |

Das einzige Wahlbarometer in England sind die Wahlwetten. Da stand es am Vorabend der Wahl für die Regierung nicht sonderlich günstig. Man wollte ihr, die aus den Wahlen von 1931 mit einer Mehrheit von 450 Stimmen hervorging, nur noch eine Mehrheit von 127 Sitzen im Unterhaus geben. Das wäre natürlich sehr wenig. Aber Mehrheit bleibt Mehrheit. Und die Regierung wird vielleicht die kleinere Mehrheit heute begrüßen, denn wir weiß, wie etwa in einigen Monaten, wenn etwa das Genfer Experiment nicht klappen sollte, das Wahlergebnis aussehen würde. Es ist die alte Geschichte: Lieber einen Spaß in der Hand, als eine Taube auf dem Dach.

## England im Zeichen der Unterhauswahl

Am Donnerstag stand Großbritannien im Zeichen der Wahl zum Parlament. Die Wahlstimmung war, abgesehen von den Industrie- und Bergbaubetrieben, in denen die Kommunisten eifrige Propaganda trieben, ziemlich lau. Allerdings haben die Wahlauswertungen der Linkspartei in den letzten Tagen noch aufsteigend gewirkt, und die Wähler der Konservativen etwas aus ihrer Wahlmüdigkeit herausgerissen.

Bereits morgens um 7 Uhr setzte die Stimmabgabe ein. Namentlich die Berufstätigen gingen gleich am frühen Morgen zur Wahlurne. Das Straßenbild zeigte im allgemeinen keine besonderen Veränderungen. Erst in den Nachmittagsstunden setzte ein Schleppdienst ein.

Die Wahlwetten haben die Quote für die Regierungsparteien mit jedem Tag weiter heruntersetzen müssen. Die Wetten gingen darum: Wieviel Stimmen Mehrheit wird die Regierung bekommen? Zunächst tippte man auf 150, in den letzten Stunden gaben Pessimisten den Regierungsparteien sogar nur noch 100 Stimmen Mehrheit, wobei man

die Wahlmüdigkeit in Rechnung stellte.

Die Größe des Wahlsieges der Regierung — daß es ein Sieg wird, davon zweifelt niemand — hängt also davon ab, wieviel Wähler auf die Beine gebracht worden sind. Aus der Parteizentrale der Konservativen verlautete, daß mindestens eine 60prozentige Wahlbeteiligung notwendig sei, um der Regierung die sichere Mehrheit zu geben. Die Wahlbeteiligung ist in England stets ein sehr unsicherer Faktor in der Wahlrechnung. Selbst bei den Kreiswahlen im Jahre 1931 blieb über ein Drittel der Wähler zu Hause. Diesmal mußte auch das regnerische Wetter in die Berechnung einbezogen werden, wodurch die Wahlbeteiligung besonders auf dem Lande und unter den Frauen beeinträchtigt wurde.

Die Frauensimmen bringen vielleicht sogar die Entscheidung.

Da sie mit 1 750 000 Stimmen die Mehrheit der Wählerschaft ausmachen und weil man annimmt, daß die Regierung mit ihrer Parole „Arbeiterpartei bedeutet Sanktionskrieg“ gerade unter den Frauen große Wirkung erzielt hat.

Der Regierung ist noch in letzter Stunde

ein besonders wirksamer Wapilappell durch die Veröffentlichung der Einfuhr- und Ausfuhrziffern des letzten Monats und des laufenden Jahres gelungen, die eine bemerkenswert aufsteigende Tendenz aufweisen. Außerdem erließ Mac Donald noch einen Wahlauf- ruf, der lediglich an Hand von Zahlen nachzuweisen versuchte, daß die Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit prozentual mehr als alle ihre Vorgängerinnen zusammen geleistet habe: „Seht die Regierung wieder ein, dann wird sie ihren eigenen Rekord noch schlagen!“ — so lautete daher seine Wahlparole.

### Sir Herbert Samuel geschlagen.

London, 15. November. Um 1 Uhr 15 Min. früh MEZ, hatten die Konservativen insgesamt 70 Sitze zu verzeichnen, die Arbeiterpartei 35. Der Stand der Parteien war demnach 70 für die Regierung und 35 für die Opposition.

Der Führer der liberalen Opposition, Sir Herbert Samuel, ist in seinem Wahlkreis Darwen in Lancashire von dem Konservativen Russell geschlagen worden. Russell hatte 15 200 Stimmen, Sir Herbert Samuel 14 135. — Bei den letzten Wahlen betrug die Mehrheit für Herbert Samuel über 4000 Stimmen.

Sir Austen Chamberlain ist in seinem Wahlkreis Birmingham-West wiedergewählt worden. Seine Mehrheit hat sich von 7000 auf 11 000 erhöht. — Der frühere Erste Lord der Admirals, Alexander (Arbeiterpartei) hat seinen Sitz in dem Bedfordshire Wahlkreis Hillsborough wiedergewonnen indem er den konservativen Vertreter mit einer Mehrheit von 3500 Stimmen schlug. Der Arbeiterführer Clones konnte in einem Wahlkreis von Manchester seinen früheren Sitz, den er bei den Wahlen von 1931 verloren hatte, wieder gewinnen.

In einem Liverpooler Wahlkreis wurde der Sohn Winston Churchills, Randolph Churchill, von dem arbeiterparteilichen Gegenkandidaten geschlagen, das Stimmenverhältnis war 18 500 zu 16 500. — Wiedergewählt wurden der Finanzsekretär im englischen Schatzamt, Duff Cooper, und der Pensionsminister Hudson. Hudson ist der letzte Regierungsvorsetzer, dessen Mehrheit sich gegenüber den letzten Wahlen verbessert hat, und zwar um 2000 Stimmen. — In verschiedenen anderen Wahlkreisen, z. B. Essex und Liverpool, konnten mehrere konservative Kandidaten ihre Sitze beibehalten, jedoch sind ihre Mehrheiten in den meisten Fällen sehr stark zurückgegangen.

## Der Völkerbund soll sich zurückhalten.

Die Mahnung eines französischen Senators. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats und Vertreter Frankreichs beim Völkerbund, Henri Berenger, unterzog in einer Rede vor dem Amerikanischen Club in Paris die Haltung des Völkerbundes gegenüber dem italienisch-abessinischen Krieg einer äußerst scharfen Kritik.

Die internationale Wirtschaftskonferenz habe Schiffbruch erlitten, desgleichen der Versailler Vertrag, der Reparationsausfluß, die im Jahre 1929 vom Völkerbund ins Leben gerufene Europäische Union, man habe den Zusammenbruch der von den Gründern des Völkerbundes erträumten Uebereinstimmung erlebt, und vielleicht müsse man sogar den Zusammenbruch des Völkerbundes hinzufügen.

Dieser Völkerbund, so fuhr Berenger fort, habe in den letzten 15 Jahren eine große Gelegenheit versäumt, als er in verschiedenen Erdteilen die Fortsetzung des Sklavenhandels, den Verkauf von Negern und den amtlichen Besitz von Sklaven durch Staatsoberhäupter erlaubte, die inzwischen Mitglieder des Völkerbundes geworden seien.

Hierin liege ein Fehler, den man als die Wurzel des augenblicklichen afrikanischen Dramas ansehen müsse.

Diese Nichterfüllung seiner Aufgabe habe den Völkerbund ungeliebt gemacht, anschließend mit so großer Strenge gegen dasjenige Mitglied vorzugehen, dessen wiederholte Warnungen er besser zur gegebenen Zeit angehört hätte.

Der Völkerbund habe weder das Recht noch die Mittel, sich als ein Ueberstaat oder als oberster Polizeimann aufzudrängen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde es bedeuten, Artikel 16 des Voties in gefährlicher Form zu spannen, wenn man daraus ein Instrument militärischer Sühnemaßnahmen oder einer Blockade machen wolle, die zum Krieg führen könne. Der Völkerbundspakt müsse

mit dem Frieden in Einklang gebracht werden und nicht mit einem Krieg auf erweiterter Grundlage. Die einzelnen Organe des Völkerbundes würden gut daran tun, ihre Verantwortlichkeiten genau zu prüfen, nicht nur vor ihrem eigenen Gewissen sondern vor dem Gewissen aller Völker, in deren Namen sie Entschlüsse faßten. Es sei unzulässig, daß die Enthaltung Amerikas, die durch den Austritt Japans, Deutschlands und Brasiliens noch verwickelter geworden sei, die Mitglieder des Völkerbundes dazu bestimmen müßte, größte Bescheidenheit an den Tag zu legen.

### Gemeinsame Antwortnote der Sanktionsstaaten.

Auf den italienischen Protest gegen die Sühnemaßnahmen.

Wie in englischen Kreisen verlautet, ist sowohl die britische als auch die französische Regierung der Ansicht, daß der italienische Einspruch gegen die Sühnemaßnahmen eine kollektive Antwort der beteiligten Mächte erfordere, die von Italien gleichlautende Noten erhalten haben. Der Wunsch der britischen Regierung, der Paris mitgeteilt worden ist, eine Konsultation zwischen den in Frage kommenden Mächten herbeizuführen, wird von der französischen Regierung, wie festgestellt wurde, geteilt.

Die Nachricht, daß die Sanktionsmächte auf den italienischen Protest gemeinsam antworten sollen und hierüber zwischen England und Frankreich Einvernehmen bestehe, hat, wie aus Rom gemeldet wird, in italienischen politischen Kreisen Entsetzen ausgelöst. Amtlicherseits macht man von dem Bestreben darüber gar kein Hehl. Man hätte es in Rom als das Natürlichste angesehen, wenn jeder Staat einzeln zu der italienischen Note Stellung genommen hätte.